che über den Stoph-Brief her. Als am vorletzten Sonntagvormittag die Spitzen-Crews von CDU/CSU und SPD unter Kiesingers Vorsitz im Kanzler-Bungalow zum zweiten Male über dieses Thema berieten, überraschte Brief-Gegner Barzel die versammelten Herren: „Ich muß hier wahrheitsgemäß referieren, daß eine Mehrheit der CDU/CSU-Fraktion gegen einen persönlichen Brief des Kanzlers an Herrn Stoph ist."

Zwar gestand Barzel — wie die Sozialdemokraten — zu, daß in dieser Sache weder Fraktion noch Koalition noch Kabinett zu entscheiden hätten, sondern daß ein einsamer Kanzler-Entschluß genüge, der dem Kabinett lediglich mitzuteilen sei. Doch Barzel setzte durch, daß über den Fall im christdemokratischen Lager erst noch einmal separat gesprochen werden solle.

Am Montagabend versammelte sich der um gesamtdeutsche Experten erweiterte „Elferrat" des CDU/CSU-Fraktionsvorstandes im Kabinettsaal des Palais Schaumburg. Die schreibunwilligen Christdemokraten formierten sich: Barzel, von Eckardt, Rasner, Birrenbach, CSU-Wagner. Ihr Argument: Bonn dürfe das DDR-Pulver nicht vorzeitig verschießen; äußerstenfalls könne Kiesinger den SED-Führern öffentlich im Bundestag antworten.

Auf Kiesingers Seite schlugen sich: Minister Heck, die Ex-Minister Gradl und Stücklen, der CDU-Außenpolitiker Majonica. Ihr Argument: Die in der Regierungserklärung vom Dezember proklamierte Bonner Entspannungspolitik nach Osten müsse — auch zum Westen hin — glaubwürdig bleiben und dürfe deshalb nicht schon an einem Briefwechsel mit Ost-Berlin scheitern.

Anderntags im Bundeshaussaal F 214 deckte Kiesinger seine Unionsfraktion mit einer Filibuster-Rede ein: Fast eine volle Stunde verbreitete er sich über die Weltlage, erst am Ende auch über die Stoph-Angelegenheit. Da müsse man — so fing der Kanzler den drohenden Widerstand ab — nun sowieso erst die Nahost-Krise abwarten.

Kein einziger aus Barzels Opponentenschar meldete sich zu Wort. Statt dessen beschwerte sich CSU-MdB Schulze-Vorberg über die neuerliche Verzögerung: „Das ganze Theater, das wir um diesen Brief veranstalten, ist albern und macht die andere Seite bloß interessant."

Doch der Kanzler, der unterdessen Zeitung las, bedurfte solchen Zuspruchs eigentlich gar nicht. Er war längst entschlossen:

- ▷ den Stoph-Brief mit einem persönlichen Schreiben zu beantworten;
- ▷ den DDR-Regierungschef seinem Amtstitel gemäß als „Sehr geehrter Herr Vorsitzender" (des Ministerrates) anzusprechen;
- ▷ dem Adressaten in Ost-Berlin die Benennung von Bevollmächtigten beider Seiten vorzuschlagen, die zur Besprechung weiterer Kontaktmöglichkeiten zusammenkommen sollen.

Der Text des Briefes, den ein Sonderkurier in Ost-Berlin abgeben soll, könnte unter diesen Umständen sehr kurz gehalten werden. Die Substanz der politischen Fragen käme — wenn überhaupt — erst dann zur Sprache, wenn die beiden Bevollmächtigten zum ersten Male zusammentreffen.

Auch die personelle Auswahl für die diffizile gesamtdeutsche Mission — den ersten politischen Kontakt zwischen den beiden deutschen Staatsgebilden der Nachkriegszeit — bliebe aufgeschoben, bis eine Zustimmung aus Ost-Berlin vorliegt.

Kiesinger-Gehilfe Guttenberg war bei der Wette mit SPD-Schmidt am letzten Mittwoch sicher, daß der Kanzler diesen Entschluß schon auf der nächsten Kabinettssitzung in dieser Woche bekanntgeben werde.

Guttenberg: „Verlassen Sie sich darauf, der Kanzler wird entscheiden, und zwar positiv."

LUFTWAFFE

STEINHOFF

Auf Empfehlung der Lady

Es war des Patienten 68. Operation. Der Bonner Luftwaffeninspekteur Generalleutnant Johannes Steinhoff, 53, begab sich unter das Messer eines früheren Kriegsgegners: George Henry Morley, Vizeluftmarschall der Royal Air Force und international renommierter Gesichtschirurg, setzte dem einstigen deutschen Jagdflieger-As (176 Luftsiege) am Donnerstag vorletzter Woche neue Oberlider ein. Die komplizierte Operation gelang. Die unteren Lider bekommt der deutsche General am Montag dieser Woche in der 69. Operation.

Der Deutsche hofft, durch des Briten Hand — Morley ist Chef der Abteilung für plastische Chirurgie im Princess Mary Hospital der RAF in Halton bei London — nach 22 Jahren endlich wieder mit „geschlossenen Augen schlafen zu können" (Steinhoff).

Der General mußte nachts eine schwarze Binde tragen, seit er als Oberst und Kommodore eines Jagdgeschwaders am 18. April 1945, 11 Uhr vormittags, mit einem Messerschmitt-Me-262-Düsenjäger beim Start vom Flugplatz München-Riem abstürzte und halbtot aus den brennenden Trümmern geborgen wurde. Es war sein zwölfter Absturz.

Das Gesicht des Obersten Steinhoff war entstellt. In einer Serie von Operationen bemühten sich prominente Gesichtschirurgen, sein Antlitz wiederherzustellen. Es gelang ihnen auch, Nase, Wangen und Mundpartie durch Transplantationen halbwegs neu zu formen. Die verbrannten Augenlider in einem langwierigen und komplizierten Eingriff ersetzen zu lassen, mochte Steinhoff sich lange nicht entschließen. Er hatte sich mit seinem Aussehen abgefunden. Ärztliche Vorhaltungen, seine Augen seien Bakterien, Schmutzpartikelchen und der Gefahr der Austrocknung nahezu schutzlos ausgesetzt, ignorierte der besessene Jet-Pilot, der regelmäßig im Starfighter fliegt. Lediglich zum Tragen einer dunklen Schutzbrille fand er sich bereit.



Arzt **Morley**, Patient **Steinhoff**: Die Augen wieder schließen können

Den Anstoß zu Steinhoffs Sinneswandel gab im Sommer 1966 Lady Hudleston, die Frau des damaligen Oberbefehlshabers der Alliierten Luftstreitkräfte in Mitteleuropa, Sir Edmund Hudleston. Sie war bei einem Reitunfall gestürzt und hatte sich im Gesicht verletzt. Generalarzt Morley, der schon viele RAF-Piloten behandelt hatte, half ihr.

Lady Hudleston empfahl Steinhoff, damals Stabschef ihres Mannes in Fon-

tainebleau bei Paris, den britischen Arzt-General zu konsultieren. Morley, der zuvor schon dem Generalarzt der Bundesluftwaffe Dr. Erwin Lauschner und dem Düsenjäger-Piloten Hauptmann Klaus Rossmann die Augenlider ersetzt hatte, übernahm auch diesen schwierigen Fall. Der Arzt über seinen Patienten: „Wer so mitmacht wie der General, bei dem muß es klappen."

WAHLEN

NIEDERSACHSEN

Immer Opfer

Die CDU war, wie versprochen, „erfolgreich für alle" und stieß erstmals bei einer Landtagswahl in Niedersachsen über die 40-Prozent-Marke vor. Niedersachsens CDU-Chef Dr. Otto Fricke aufgekratzt: „Donnerwetter, wir haben die Schallmauer durchbrochen."

Die Mauerbrocken umschwirrten die Genossen Sozialdemokraten. Statt aufwärts, wie SPD-Regierungschef Dr. Georg Diederichs von den Wahlplakaten herunter geweissagt hatte, ging es am vorletzten Sonntag abwärts — so weit, daß die SPD am Ende froh war, mit 1,4 Prozent Vorsprung gerade noch einmal vor der CDU gelandet zu sein.

- ▷ Mit 41,7 Prozent gegenüber 37,7 Prozent im Jahr 1963 verfehlte die CDU nur knapp ihr Traumziel, auch im roten Niedersachsen endlich stärkste Partei zu werden.
- ▷ Mit 43,1 Prozent — statt der ersehnten absoluten Mehrheit — büßten die Sozialdemokraten 1,8 Prozent ihres Stimmanteils bei den Landtagswahlen 1963 ein.

Bis in den späten Abend hinein hatten die Computer des Zweiten Fernsehens sogar ein totes Rennen der in Bonn wie in Hannover zur Großen Koalition vereinigten Gegner errechnet und beiden Parteien dieselbe Mandatszahl — 65 — prophezeit. Mit weißer Nasenspitze zog Ministerpräsident Dr. Diederichs im hannoverschen Funkhaus vom kleinen Sendesaal des ZDF in den großen des NDR, wo ihm bessere Kunde zuteil wurde: SPD 66, CDU 63 Sitze.

Die zehn Abgeordneten der FDP (6,9 Prozent der Stimmen) können weder der CDU noch der SPD dazu verhelfen, aus der großen Niedersachsen-Koalition auszubrechen; und mit den zehn NPD-Männern (sieben Prozent der Stimmen) im neuen Landtag möchten beide nicht gern etwas zu tun haben.

Es war der dritte Rückschlag der Sozialdemokraten in diesem Jahr und seit Bildung der Bonner Plisch-und-Plum-Regierung unter dem strahlenden Kurt Georg Kiesinger: Bei den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz verlor die SPD fast vier Prozent, während die CDU 2,3 Prozent dazugewann. In Schleswig-Holstein stagnierte die SPD und mußte den Fortschritt der CDU überlassen.

Und nun begann es im Fußvolk der SPD zu rumoren. Zunächst fünf der 22 SPD-Bezirke (Hessen-Süd, Südbayern, Berlin, Mittelrhein, Westliches Westfalen) verlangten die Einberufung eines außerordentlichen Bundesparteitags, auf dem nach Ansicht einer Minderheit die Bonner Koalition zur Diskussion gestellt werden soll — jenes Unternehmen, von dem immer mehr Sozialdemokraten befürchten, daß es allenfalls dem Vaterland, nicht aber der Partei das Heil bringt.

Zumindest, so forderten SPD-Chargen in der Provinz, müsse damit begonnen werden, dem Parteiprofil wieder stärkere Konturen zu geben. SPD-Landesfürst Jockel Fuchs in Rheinland-Pfalz: „Es ist ganz entscheidend, in welchem Maß es gelingen wird, den sozialdemokratischen Anteil an der Regierungsarbeit in Bonn öffentlichkeitswirksam zu machen."



Wahlredner **Kiesinger***: „Sie sehen nur den Kanzler"

Doch die Bonner SPD-Führer wollten so etwas nicht hören. Noch in der Niedersachsen-Nacht verbreitete Koalitionsträger Herbert Wehner über die Bildschirme, die SPD dürfe ihre „Beharrlichkeit nicht durch regionale Wahlen beeinträchtigen" lassen.

Wehner am Tag nach der Wahl: „Die SPD hat keinen Grund, das Ruder herumzuwerfen."

Als sich für die Sitzung des SPD-Parteivorstands am letzten Freitag Sturm ankündigte, ließ Wehner seine Propaganda-Leute eine Trostparole verbreiten, die freilich auch offenbarte, wie angeschlagen das Selbstvertrauen der Sozialdemokraten in Wahrheit ist: Die Niedersachsenwahl sei doch viel besser ausgegangen als erwartet; denn befürchtet habe die SPD jenes Ergebnis, das die ZDF-Computer anfangs prophezeit hatten: SPD und CDU Kopf an Kopf mit je 65 Sitzen.

So ganz einig darüber, wie der niedersächsische Wahlausgang zu interpretieren sei, konnten sich die führenden Sozialdemokraten in Bonn gleichwohl nicht werden. Partei-Vize Herbert Wehner: „Die SPD hat Zuzug aus bürgerlichen Wählerkreisen bekommen. Die Abwanderung von sogenannten Protestwählern fällt demgegenüber nicht ins Gewicht." Fraktions-Chef Helmut Schmidt sah es anders: „Wir haben eben die reinen Protestwähler, die hinter uns standen, als wir noch Bonner Opposition waren, an die NPD verloren."

Demgegenüber ermittelte Professor Dr. Rudolf Wildenmann vom Institut für Sozialwissenschaften der Wirtschaftshochschule Mannheim, daß den Sozialdemokraten vor allem in protestantischen Gebieten und unter den keineswegs NPD-verdächtigen Arbeitern nicht wenige Wähler davongelaufen sind.

Professor Dr. Wildenmann: „Das ist auch kein Wunder. Die beiden großen Parteien zeigen keine Gegensätze mehr, sondern unterscheiden sich nur noch in Nuancen. Dadurch wird das Reservoir an potentiellen Wechslern immer größer."

Einstweilen — und das ist der SPD-Kummer — wechseln die Wähler eher von der SPD zur CDU als umgekehrt. „Die Mehrheit sieht nicht die Koalition, sondern nur die regierende Partei, und das ist Herr Kiesinger", findet Wildenmann. „Die Mehrheit sieht nur, daß nicht die Sozialdemokraten, sondern die anderen den Kanzler stellen — und auch noch diesen."

In Hannover, wo die dezimierten Genossen die „prozentuale Konsolidierung" ihrer Partei achselzuckend zur Kenntnis nahmen, wies Niedersachsens SPD-Chef Egon Franke den Weg in die Zukunft: „Wir sind eine Partei, die sich noch immer geopfert hat, wenn es ums Ganze geht." Doch dann korrigierte sich der SPD-Präside schnell: „Sagen wir besser: eine Partei, die immer Opfer gebracht hat. Das ist ja auch schon eine ganze Menge."

* In Tostedt auf einer seiner 14 Wahlversammlungen in Niedersachsen. Rechts neben Kiesinger: Hannovers CDU-Kultusminister Richard Langeheine.